

Radikale Dynamik Soziale Bewegungen und die Polarisierung der amerikanischen Politik

Swen Hutter

Summary: The political landscape of the U.S. is deeply polarized. In order to better understand the causes and characteristics of this polarization, social movements should be systematically included in the analysis of party politics and elections. From the civil rights movement of the 1960s up to the era of Donald Trump, mobilized minority groups continue to push Democrats and Republicans alike to the edges of the ideological spectrum. If we wish to explain these political trenches, we first have to bridge the gaps between different disciplines in political sociology.

Kurz gefasst: Die US-amerikanische Politik ist von einer starken Polarisierung geprägt. Um deren Ursachen und Ausprägungen besser zu verstehen, sollte die Rolle von sozialen Bewegungen systematisch in die Analyse des Parteienwettbewerbs und von Wahlen einbezogen werden. So waren und sind es mobilisierte Minderheiten, die seit der Hochphase der Bürgerrechtsbewegung in den 1960er-Jahren bis zur Wahl Donald Trumps dazu beitragen, dass sich sowohl die Demokraten als auch die Republikaner stärker auf die Ränder des ideologischen Spektrums hinbewegen. Um die Entstehung dieser politischen Gräben zu erklären, müssen disziplinäre Gräben in der politischen Soziologie überbrückt werden.

Politische Parteien und soziale Bewegungen spielen für das Funktionieren demokratischer Repräsentation zentrale und sich oft ergänzende Rollen. Gerade in den 1970er- und frühen 1980er-Jahren, der Ära der neuen sozialen Bewegungen und Gründung der Grünen und anderer links-libertärer Parteien, entstanden vermehrt konzeptionelle und empirische Arbeiten zum Verhältnis der beiden kollektiven Akteure, unter anderem von Dieter Rucht am WZB. Dabei wurde das Zusammenspiel von Bewegungen und Parteien als wesentlicher Mechanismus des Transfers sozialer Konflikte in den politischen Prozess angesehen: Bewegungen als Treiber und Parteien als Getriebene politischen Wandels.

Die heutige politische Soziologie ist allerdings geprägt durch eine starke disziplinäre Trennung zwischen Forschenden, die sich mit sozialen Bewegungen und Protesten beschäftigen, und jenen, die sich Parteien und Wahlen zuwenden. Zuletzt wurden jedoch wieder Brücken über diese disziplinären „Gräben“ gebaut, um die tatsächliche Dynamik politischer Konflikte besser verstehen zu können. Wichtige Impulse kamen dabei von US-amerikanischen Kolleginnen und Kollegen, besonders von Doug McAdam, David S. Meyer, Karina Kloos und Sidney Tarrow.

Deren Studien verdeutlichen, dass gängige Annahmen zum Verhältnis von Parteien und Bewegungen nicht mehr aufrechtzuerhalten sind, insbesondere die klare Trennung und Zuordnung der einen zum etablierten Institutionensystem und der anderen zur außerparlamentarischen Opposition. Es scheint gerade ein Zeichen unserer Zeit zu sein, dass das Zusammenspiel von Bewegungen und Parteien nicht nur häufiger und enger, sondern auch konflikt- und folgenreicher geworden ist. Zudem bildet die momentane Repräsentationskrise, so die These, ideale Bedingungen für das Entstehen von hybriden Organisationen. Das sind Organisationen, die zugleich Bewegung und Partei sind und somit bestehende analytische Kategorien infrage stellen.

Der US-amerikanische Fall ist besonders aufschlussreich, da sich die extreme, fast täglich medial präsentierte Polarisierung nur verstehen lässt, wenn man den Einfluss radikaler mobilisierter Minderheiten auf die Demokraten und Republikaner mit einbezieht. Diese oftmals unüberbrückbar scheinenden politischen Gräben zwischen den Parteien spiegeln dabei in keiner Weise die Einstellungen der Bevölkerung wider.

Es war vor allem die Interaktion von Bewegungen und Parteien, die seit der Hochphase der Bürgerrechtsbewegung in den 1960ern und ihrer Gegenmobilisierung dazu führte, dass die Parteien immer weniger die gemäßigte Wählerschaft im Blick hatten, sondern auf Gruppen am ideologischen Rand reagierten, die eher Bewegungen entsprachen. Die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten sollte also nicht als einmaliges Phänomen interpretiert werden, auch wenn dieser Präsident so viel einmalig Befremdliches an sich haben mag. Sein Erfolg ist eher eine Folge der langfristigen Entwicklung der US-amerikanischen Politik.

In ihrem Buch *Deeply Divided* zeichnen Doug McAdam und Karina Kloos nach, wie sich die Dynamik der US-Politik seit der Nachkriegszeit verändert hat. Der historische Rückblick zeigt, dass nicht die gegenwärtige Situation eine Anomalie ist, sondern vielmehr die Zeit kurz nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese Periode

zeichnet sich aus durch eine programmatische Konvergenz der beiden Parteien und eine relativ geringe Protestmobilisierung.

Diese zwei Merkmale änderten sich dramatisch mit dem Aufkommen der Bürgerrechtsbewegung und ihrer Gegner. Seitdem lassen sich bei Demokraten wie Republikanern mehrfach Radikalisierungen beobachten, die einem ähnlichen Mechanismus unterliegen: Ausgelöst durch eine enge Kopplung von Organisationen und Parteibasis im Vorwahlkampf interagieren Bewegung und Partei so lange, bis sich Personal und Programmatik radikalisiert. Dabei vergrößern eine niedrige Wahlbeteiligung in den Vorwahlen und der fortschreitende Machtverlust der Parteien den Einfluss mobilisierter Minderheiten. Gleichzeitig schränkt eine enge programmatische und personelle Bindung den Spielraum der Partei ein, sobald sie Regierungsverantwortung übernehmen soll. Dieser Effekt nimmt meist durch eine reaktive Mobilisierung der enttäuschten Bewegungsbasis nach der Wahl zu. Während eine Mobilisierung vor der Wahl die Partei stärkt, verschärft sie nach der Wahl die generelle Spannung zwischen der Logik von Bewegungen und Parteien.

Sowohl die linke Wende der Demokraten im Zuge der Bürgerrechtsbewegung Mitte der 1960er-Jahre als auch der radikale Rechtsruck der Republikaner aufgrund der Gegenbewegung „White Resistance“ ein paar Jahre später folgten diesem hier nur kurz und schematisch skizzierten Mechanismus. Auch für das Verständnis der gegenwärtigen Situation in den USA ist er hilfreich. Die erneute Radikalisierung der Republikaner durch die Tea Party in den vergangenen zehn Jahren ist wohl das beste Beispiel für die „bewegungs-induzierte“ Radikalisierung einer Partei.

Die Tea-Party-Bewegung entstand 2009 aus verschiedenen Protesten, deren konkreter Anlass der Missmut gegen die Bankenrettung nach der globalen Finanzkrise 2007/2008 und die generelle Opposition gegen „zu viel Staat“ war. Über die Zeit kristallisierte sich jedoch die stark rassistisch motivierte Ablehnung von Präsident Obama als zentrale Klammer der Bewegung heraus. Die Tea-Party-Bewegung mobilisierte ihre Anhängerschaft zunächst massiv auf der Straße. Es dauerte aber kaum eineinhalb Jahre bis die Bewegung – die von Beginn an eine aktivistische Basis einflussreicher Sponsoren mit der Unterstützung rechter Medien kombinierte – ihre Präsenz in der Wahlarena gefestigt hatte.

Die republikanischen Zugewinne bei den Zwischenwahlen 2010 waren Ausdruck der Transformation der Tea Party. Zwar entsprachen die Verluste der regierenden Demokraten dem gängigen Muster. Ihr Ausmaß wurde aber durch mindestens drei Faktoren verstärkt: die Revitalisierung einer enttäuschten republikanischen Basis durch die Proteste der Tea Party, die hohe Medienpräsenz ihrer Anti-Staatsagenda und die enorme finanzielle Unterstützung für Kandidierende, die der Tea Party nahestanden. Diese drei Faktoren illustrieren den ersten Akt des vorhin beschriebenen Mechanismus. Die nachfolgende Eskalation inner- und zwischenparteilicher Konflikte – vom massivem Einsatz von Filibustern über die Verzögerung von Amtsbesetzungen hin zur Regierungsstilllegung im Jahr 2013 – verdeutlichen den zweiten Akt nach der Wahl: die zunehmende Unfähigkeit zum politischen Kompromiss nach bewegungs-induzierten Wahlerfolgen einer Partei.

Laut David S. Meyer und Sidney Tarrow ist diese wechselseitige „Bewegungswerdung“ (*Movementization*) der US-amerikanischen Parteien ein zentraler Hintergrund, vor dem die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten zu interpretieren ist. Die programmatische und personelle Radikalisierung der Republikaner durch die Tea-Party-Bewegung öffnete eine günstige Gelegenheit für seine radikale und populistische Agenda. Nach dieser Interpretation ist Trumps Durchmarsch bei den Vorwahlen 2016 die Zuspitzung eines Jahrzehnte andauernden Prozesses, der zurückreicht in die Zeiten der Bürgerrechtsbewegung und ihrer Gegenmobilisierung. Der Erfolg kann also nicht nur auf strategische Machtkalküle oder die Zusammensetzung der Wählerschaft zurückgeführt werden.

Lassen sich diese Beobachtungen gleichermaßen auf Europa übertragen? Nur bedingt: Denn die Dynamik, die diese Prozesse in den USA entfalten konnten,



Swen Hutter ist stellvertretender Direktor des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung am WZB und Lichtenberg-Professor in politischer Soziologie an der Freien Universität Berlin. (Foto: David Ausserhofer)

swen.hutter@wzb.eu

wird mitangefacht durch die Logik des Zwei-Parteiensystems, relativ schwache Parteiorganisationen und die Bedeutung der Vorwahlen – Merkmale, die die politische Landschaft in den meisten Ländern Europas nicht aufweist.

Gleichzeitig greift diese Antwort zu kurz, wenn wir uns die weitreichenden Veränderungen der europäischen Parteiensysteme in den letzten Jahrzehnten genauer anschauen. Dazu gehört der Aufstieg neuer parteipolitischer Herausforderer, insbesondere populistischer Parteien zur Rechten und Linken. Die Beispiele reichen von der Alternative für Deutschland über die spanische Podemos hin zur italienischen Fünf-Sterne-Bewegung. Diese Herausforderer sind Ausdruck und Treiber der Restrukturierung des politischen Wettbewerbs und stehen für den Aufstieg neuer Konfliktlinien. Wichtig ist, dass sich diese neuen Formationen oft nicht nur in ihren Inhalten und Positionen, sondern auch in ihrer Form von traditionellen Parteien unterscheiden. Im Zug der Restrukturierung politischer Konflikte, so die These, haben sich auch in Europa die „Landschaften“ und Dynamiken politischer Mobilisierung grundlegend gewandelt. Dabei mögen Parteien weniger als Arenen der Auseinandersetzung dienen, wie dies in den USA der Fall ist; dennoch tun wir gut daran, die US-amerikanische Forschung zum dynamischen Zusammenspiel von Parteien und Bewegungen sowie dem Aufstieg hybrider Formationen genau zur Kenntnis zu nehmen.

Eine Gemeinsamkeit mit den USA ist, dass sich auch die europäischen Demokratien in einer Repräsentationskrise befinden. Sie ist gekennzeichnet durch instabile Repräsentationsmuster und Bürgerinnen und Bürger, die glauben, dass sie nicht ausreichend politisch vertreten werden. Sie zeigt sich in veränderten politischen Einstellungen, wie zunehmendem politischem Misstrauen und Unzufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie, und durch verändertes politisches Verhalten: Wahlenthaltungen, Volatilität und zunehmende Protestmobilisierung. Wir müssen weiter forschen, um aufzuzeigen, ob und wie sich die Interaktionen zwischen Bewegungen und Parteien systematisch unter Bedingungen einer solchen Repräsentationskrise verändern. Wie eingangs erwähnt, ist meine Erwartung, dass sie nicht nur häufiger und enger, sondern auch konflikt- und folgenreicher werden. Hierfür liefert der Blick über den Atlantik viel Anschauungsmaterial.

Literatur

Hutter, Swen/ Kriesi, Hanspeter/Lorenzini, Jasmine: „Social Movements in Interaction with Political Parties“. In: David A. Snow/Sarah A. Soule/Hanspeter Kriesi/Holly J. McCammon: (Hg.): *The Wiley Blackwell Companion to Social Movements*. Zweite Auflage. Oxford: Wiley Blackwell: 2019, S. 322–337.

McAdam, Doug/Kloos, Karina: *Deeply Divided: Racial Politics and Social Movements in Postwar America*. Oxford: Oxford University Press 2016.

Meyer, David S./Tarrow, Sidney (Hg.): *The Resistance: The Dawn of the Anti-Trump Opposition Movement*. Oxford: Oxford University Press 2018.

Rucht, Dieter: „Zum Verhältnis von sozialen Bewegungen und politischen Parteien“. In: *Journal für angewandte Sozialforschung*, 1987, Jg. 27, H. 3/4, S. 297–313.